

5 Jahre Care Revolution –

Rück- und Ausblick von Gabriele Winker auf dem Feminist Futures Festival am 14.09.19

Welche Bilanz ziehst Du nach 5 Jahren?

Gemessen daran, dass es sich beim Netzwerk Care Revolution vor etwas mehr als 5 Jahren um eine vollständige inhaltliche und organisatorische Neugründung gehandelt hat, konnte politisch, finde ich, einiges erreicht werden. Wir konnten die hohe Bedeutsamkeit der meist unsichtbaren Sorgearbeit für ein gutes Leben im Rahmen des 1. Mai einbringen und in die eine oder andere Gewerkschaftsgliederung hineinbringen. Wir haben dazu beigetragen, mit Care den 8. März zu politisieren, bis hin zum feministischen Streik in diesem Jahr. Wir arbeiten an unterschiedlichen Orten in Bündnissen für mehr Personal in Krankenhäusern mit und stärken darin die Interessen der Patient_innen sowie der Angehörigen und Freund_innen, die bei den sogenannten blutigen Entlassungen die Aufgaben von Pfleger_innen unentlohnt wahrnehmen sollen. Wir haben Care Revolution als Konzept bei Parteigliederungen der Linken und der Grünen sowie bei wenigen SPD-Gruppen diskutiert. Wir haben aber vor allem Care Revolution in die Debatten der radikalen Linken hineingetragen. Dies alles war möglich durch den Aufbau einer Netzwerk-Struktur: durch die halbjährlichen Netzwerktreffen, die Arbeit des Koordinationskreises sowie insbesondere durch die politische Arbeit von circa 10 Regionalgruppen, die in unterschiedlichem Maß vor Ort aktiv sind.

Gleichzeitig haben wir in den letzten fünf Jahren unsere inhaltliche Position als Netzwerk Care Revolution geschärft. Wir sind ein Netzwerk, das auf die Probleme und Nöte aller Sorgearbeitenden verweist. Darunter verstehen wir alle Care-Beschäftigten, alle familiär und ehrenamtlich Sorgearbeitenden, aber auch alle für sich selbst sorgenden Menschen, insbesondere auch Menschen, die wegen körperlicher oder psychischer Einschränkungen sehr viel Zeit für Selbstsorge aufbringen müssen und auch einen hohen Sorgebedarf haben. Wir bleiben dabei aber nicht stehen, sondern benennen die Gründe für diese Nöte, nämlich Kostensenkung, Profitorientierung, Familiarisierung von Sorgearbeit und analysieren die Bedeutung der möglichst kostengünstigen Reproduktion der Arbeitskraft für das neoliberal ausgerichtete kapitalistische System. Wir verweisen darauf, dass nicht nur alle Menschen in Sorgebeziehungen leben, sondern dafür auch Ressourcen benötigen, insbesondere existenzielle Absicherung, möglichst gebührenfreien Zugang zu sozialer Infrastruktur und viel Zeit. Dies gilt für tatsächlich alle Menschen weltweit. Wichtig ist uns auch die Forderung nach einer grundlegenden Demokratisierung der Care-Bereiche, so dass sich Menschen vor Ort als Expert_innen ihres Alltags breit beteiligen können. Und wir beschäftigen uns seit einiger Zeit auch damit, wie eine solidarische Gesellschaft gestaltet werden könnte, in der gelingende Sorgebeziehungen einen zentralen Platz haben.

Mit all diesen Aktivitäten haben wir zusammen mit vielen anderen Gruppen dazu beitragen, die Diskussion über Care in vielen Ecken dieser Republik anzustoßen und inhaltlich zu bereichern. Insbesondere der Pflegenotstand hat, auch über die traditionellen Medien, den Weg in den Koalitionsvertrag gefunden, so dass selbst ein konservativer Politiker wie Gesundheitsminister Spahn zumindest kleine Verbesserungen anstoßen musste.

Es ist uns allerdings darüber hinaus nicht gelungen, materielle Erfolge zu erzielen. Auch ist es uns nicht gelungen, eine politische Verknüpfung und stetige Zusammenarbeit der vielen Gruppen aufzubauen, die sich explizit oder implizit mit Care beschäftigen, z.B. über Care-Räte. Eine solche regelmäßige Zusammenarbeit ist wichtig, da sie zu einer Care-Bewegung führen kann, die dann tatsächlich auch in der Lage wäre, politischen Gegendruck zu erzeugen.

Welche thematischen Schwerpunkte siehst Du für die Zukunft? Welche Bündnisse sind wichtig?

Alle Bündnisse rund um Care, die wir anregen können oder in die wir uns einbringen können, sind politisch bedeutsam. Dabei ist es immer wieder unsere Aufgabe, so denke ich, in solchen Bündnissen darauf zu verweisen, dass es nicht nur Care-Beschäftigte gibt, die unter schlechten Arbeitsbedingungen leiden, sondern auch viele Menschen, die mit der eigenen Selbstsorge oder mit den Sorgeaufgaben für Familienangehörige, Freund_innen oder Menschen in Not an die Grenzen ihrer Kräfte geraten. Und deswegen ist es wichtig, dass in diesen Care-Bündnissen Menschen, die sich in den unterschiedlichsten Sorgepositionen befinden, miteinander ins Gespräch kommen und gemeinsam politisch aktiv werden. Wir nennen dies verbindende Care-Politik, ein sehr treffender Begriff, den Barbara Fried und Hannah Schurian eingebracht haben.

Jetzt komme ich zu zwei thematischen Schwerpunkten, die mir für die Zukunft wichtig sind:

Vergesellschaftung der Care-Bereiche

Zum ersten: Wir verweisen mit Nachdruck darauf, dass Menschen nur selbst entscheiden können, ob ihre Bedürfnisse erfüllt werden. Deswegen fordern wir eine umfassende demokratische Mitsprache zumindest für alle Care-Bereiche. Im konkreten Handeln stoßen wir aber auf die Situation, dass beispielsweise kirchlich ausgerichtete Wohlfahrtsverbände, aber auch alle privaten Pflegeheime, Krankenhäuser, Schulen und Kitas den Sorgebedürftigen wie auch deren Angehörigen keinerlei Rechenschaft schuldig sind. Wir sollten uns deswegen verstärkt dafür einsetzen, den Trend zu Privatisierungen im Care-Bereich zu stoppen, und uns gleichzeitig noch intensiver für eine Verstaatlichung oder besser eine Vergesellschaftung all derjenigen Care-Institutionen aussprechen, die eben keine umfassende Mitsprache der Sorgebedürftigen und der Beschäftigten erlauben. Diese Institutionen könnten in die Hände der Allgemeinheit zurückgeführt werden in Form von Genossenschaften oder anderen Rechtsformen, die finanziell wo nötig aus Steuergeldern unterstützt werden und von einem für alle Beteiligten offenen Rat inhaltlich geführt werden. Hier könnten wir auch Brücken zu einer solidarischen Klimabewegung schlagen. Denn auch hier muss die Vergesellschaftung der großen Energie- oder Verkehrskonzerne auf die Agenda gesetzt werden, wenn wir die Klimazerstörung tatsächlich noch stoppen wollen.

Unentlohnte Sorgearbeit in den Fokus

Und jetzt noch zum zweiten Schwerpunkt. Ich halte ich es für dringend notwendig, die unentlohnte Sorgearbeit auch noch weiter ins Zentrum unserer Politik zu stellen. Denn sie ist nach wie vor gesellschaftlich abgewertet und erfährt selbst in sozialen Bewegungen und der kritischen Wissenschaft viel zu wenig Beachtung. Ich bin deswegen dafür, auch im politischen Raum deutlich darauf zu verweisen, dass es, wenn wir die Abwertung wirklich durchbrechen wollen, notwendig ist, die für den Kapitalismus funktionale Sphärentrennung zwischen entlohnter und unentlohnter Arbeit aufzuheben. Die Aufhebung dieser Sphärentrennung kann allerdings nicht darüber geschehen, dass wir jetzt auch noch alle bisher unentlohnte Sorgearbeit entlohnen und damit auch diesen Bereich dem Kostendruck und der Leistungskontrolle unterwerfen. Vielmehr kann die Aufhebung dieser Sphärentrennung nur darüber geschehen, dass wir die Entlohnung von Arbeit überwinden und Arbeit in ihrer unentlohnten Form verallgemeinern. Dies ist in einer auch innerhalb von Care Revolution entwickelten solidarischen Gesellschaft durchaus möglich. Die verstärkte Diskussion dieses Konzepts und die Propagierung von Transformationsschritte in diese Richtung würde die inhaltliche Positionierung unseres Netzwerk Care Revolution weiter schärfen – als ein feministisches, anti-rassistisches, die Klassenspaltung überwindendes Netzwerk, das tatsächlich für alle Sorgearbeitende und damit für alle Menschen ein gutes Leben anstrebt – unabhängig davon, welche Arbeit sie wann und wo und mit welchem Umfang übernehmen möchten – und zwar in einer Gesellschaft, die nicht mehr von Konkurrenz, sondern von Solidarität geprägt ist.